

GRUNDGESETZ UND VÖLKERRECHT

– DIE BEZÜGE DES STAATSRECHTS ZUM
VÖLKERRECHT UND EUROPARECHT –

EIN STUDIENBUCH

VON

Dr. jur. habil. RUDOLF GEIGER

O. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT
LEIPZIG

2., überarbeitete Auflage



C. H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1994

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Lehrbücher und Enzyklopädien des Völkerrechts und Europarechts	XXIII

Erster Teil. Grundlegung

1. Kapitel. Begriff, Besonderheiten und Strukturen des Völkerrechts	1
§ 1. Der Begriff des Völkerrechts	1
I. Die Definition	1
II. Begriffliche Abgrenzungen	2
§ 2. Besonderheiten des Völkerrechts	5
I. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsetzung	5
II. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsdurchsetzung	6
III. Rechtsnatur und Effektivität	7
§ 3. Strukturen des Völkerrechts	8
I. Stufen der Völkerrechtsordnung	8
II. Recht der Koexistenz, der Kooperation, der Legitimität	9
III. Universelles und regionales Völkerrecht	10
2. Kapitel. Völkerrecht und Landesrecht	15
§ 4. Das grundsätzliche Verhältnis der beiden Rechtsordnungen	15
I. Dualismus und Monismus	15
II. Die Bedeutung der Unterscheidung nach den „gemäßigten“ Theorien	16
§ 5. Die konkrete Interdependenz der beiden Rechtsordnungen	17
I. Die fortschreitende Verschränkung von Völkerrecht und Landesrecht als Folge der Interdependenz der Staaten	17
II. Probleme der Interdependenz von Völkerrecht und Landesrecht	18

Zweiter Teil. Das Recht der Völkerrechtssubjekte und die völkerrechtliche Lage Deutschlands

3. Kapitel. Die Subjekte des Völkerrechts	19
§ 6. Begriff und Arten der Völkerrechtssubjekte	19
I. Der Begriff des Völkerrechtssubjekts	19
II. Die Arten der Völkerrechtssubjekte	19
§ 7. Der Staat im Sinne des Völkerrechts	21
I. Der Begriff des Staats	21
II. Entstehung und Untergang von Staaten	24
III. Die Anerkennung des Staats im Sinne des Völkerrechts	26
§ 8. Staatsähnliche Völkerrechtssubjekte	28
I. Das lokale de-facto-Regime	28
II. Die Völkerrechtsfähigkeit von Staatsteilen	29
4. Kapitel. Der völkerrechtliche Status Deutschlands	30
§ 9. Der deutsche Staat bis zum Ende des zweiten Weltkrieges	30
I. Die Identität Deutschlands bis zur bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945	30
II. Die Grenzen des Deutschen Reichs	31

Inhaltsverzeichnis

§ 10. Viermächte-Status und Teilung Deutschlands	36
I. Der Viermächte-Status	36
II. Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik . .	39
III. Die verschiedenen Auffassungen zum völkerrechtlichen Status Deutschlands	46
IV. Der völkerrechtliche Status Berlins	52
V. Der Status der Gebiete jenseits von Oder und Neiße	58
§ 11. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	62
I. Allgemeines	63
II. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland	65
III. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag	68

Dritter Teil. Völkerrechtliche Rechtserzeugung und Verfassungsrecht

5. Kapitel. Die völkerrechtlichen Rechtsquellen	73
§ 12. Begriff und Arten völkerrechtlicher Rechtsquellen	73
I. Der Begriff der Rechtsquelle	73
II. Die Arten der völkerrechtlichen Rechtsquellen	74
§ 13. Das Völkergewohnheitsrecht	75
I. Der Begriff des Völkergewohnheitsrechts	75
II. Die Staatenpraxis	77
III. Die Rechtsüberzeugung (opinio iuris)	79
§ 14. Der völkerrechtliche Vertrag	80
I. Begriff und Abgrenzung	80
II. Die vertragliche Kodifikation von Völkerrecht	82
§ 15. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze der Kulturnationen	83
I. Der Begriff	83
II. Die Bedeutung der Grundsätze	83
§ 16. Die Rechtsetzung durch internationale Organisationen	84
I. Beschlüsse internationaler Organisationen als sekundäre Rechts- quellen	84
II. Die Arten der Beschlüsse internationaler Organisationen	85
§ 17. Das Verhältnis der Rechtsquellen zueinander	88
I. Die grundsätzliche Gleichrangigkeit der Rechtsquellen	88
II. Regeln zur Konfliktvermeidung	89
III. Regeln zur Konfliktlösung	90
§ 18. Die Ermittlung von allgemeinem Völkerrecht	90
I. Das Problem der Konkretisierung völkerrechtlicher Grundsätze	90
II. Die klassischen Hilfsmittel: Gerichtsentscheidungen und Lehr- meinungen	91
III. Die neuen Hilfsmittel: Resolutionen von Staatenkonferenzen und inter- nationalen Organisationen	92
IV. Die Stufen der Ermittlung konkreter Normen in der Praxis	93
6. Kapitel. Das Recht der Verträge	94
§ 19. Die Quellen des Rechts der Verträge	94
§ 20. Der Abschluß völkerrechtlicher Verträge	94
I. Die Willenseinigung der Vertragsparteien	95
II. Die zur Abgabe einer Vertragserklärung befugten Organe	95
III. Die Stadien des Vertragsschlusses	95
IV. Die Registrierung des Vertrags	97
V. Vorbehalte beim Vertragsschluß	98

Inhaltsverzeichnis

§ 21. Die Mängel des Vertragsschlusses	102
I. Das Problem der Vertragsschlußfähigkeit	102
II. Die Verletzung verfassungsrechtlicher Vorschriften eines Vertragspartners	103
III. Willensmängel	105
IV. Die Rechtswidrigkeit des Vertragsgegenstandes: das völkerrechtliche ius cogens	107
§ 22. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge	109
I. Die allgemeine Grundregel	109
II. Ergänzende Auslegungsmittel	110
III. Die Auslegung mehrsprachiger Verträge	111
§ 23. Die Beendigung von Verträgen	112
I. Im Vertrag vorgesehene Beendigungsgründe	112
II. Die nachträgliche Unmöglichkeit der Erfüllung	112
III. Der Rücktritt vom Vertrag wegen einer Vertragsverletzung durch die Gegenseite	112
IV. Der Rücktritt vom Vertrag wegen einer grundlegenden Änderung der Umstände	114
V. Die Beendigung des Vertragsverhältnisses wegen Kriegsausbruchs	115
VI. Die Beendigung eines Vertrags im Falle des Untergangs einer Vertragspartei	115
 7. Kapitel. Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Schaffung von Völkerrechtsnormen	117
§ 24. Die auswärtige Gewalt	117
I. Der Begriff der auswärtigen Gewalt	117
II. Auswärtige Gewalt und Gewaltenteilung	119
III. Die Beschränkung der auswärtigen Gewalt durch Übertragung von Hoheitsrechten an zwischenstaatliche Einrichtungen	119
§ 25. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	120
I. Die Kompetenz des Bundes	121
II. Die Landeskompentenz	123
§ 26. Die Kompetenzverteilung im Rahmen der auswärtigen Gewalt des Bundes	128
I. Die Vertretungsbefugnis	128
II. Die Entscheidungsbefugnis	130
§ 27. Insbesondere: die zustimmungsbedürftigen Verträge	134
I. Die in Art. 59 Abs. 2 GG genannten Verträge	134
II. Die Übertragung von Hoheitsrechten	138
III. Die Friedensregelung	144
IV. Problematische Fälle	145
§ 28. Die richterliche Kontrolle der auswärtigen Gewalt	146
I. Auswärtige Gewalt und „gerichtsfreier Hoheitsakt“	147
II. Materiell-verfassungsrechtliche Bindungen der auswärtigen Gewalt	148
III. Verfassungsgerichtliche Kontrollverfahren	153
IV. Die richterliche Inzidentprüfung von Akten der auswärtigen Gewalt	156

Vierter Teil. Die Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland

8. Kapitel. Grundsätzliche Probleme der Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	158
§ 29. Die Typen landesrechtlicher Regeln zur Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	158

I. Das Problem	158
II. Typische Formen der Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	159
§ 30. Einzelfragen der Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	160
I. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	160
II. Die Rangfrage	162
9. Kapitel. Die Übernahme völkerrechtlicher Normen in die deutsche Rechtsordnung	162
§ 31. Die Übernahme der allgemeinen Regeln des Völkerrechts in den innerstaatlichen Bereich	162
I. Die Übernahmevorschrift des Art. 25 GG	162
II. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts	163
III. Die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln als Bestandteil des Bundesrechts	165
IV. Der Rang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich	168
V. Die verfassungsgerichtliche Sicherung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich	169
§ 32. Die Übernahme völkerrechtlichen Vertragsrechts in den innerstaatlichen Bereich	171
I. Die Übernahmevorschrift	171
II. Die Regelung für politische und gesetzesinhaltliche Verträge (Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG)	172
III. Die Einbeziehung von Verwaltungsabkommen und bindenden Beschlüssen zwischenstaatlicher Einrichtungen in den innerstaatlichen Bereich	177
IV. Die Einbeziehung von Verträgen des Bundes über Gegenstände der ausschließlichen Länderzuständigkeit	179
V. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Bereich	180
§ 33. Die Einwirkung übertragener Hoheitsrechte in den innerstaatlichen Bereich	182
I. Artikel 24 Abs. 1 GG als „Integrationshebel“	182
II. Die Öffnung des innerstaatlichen Bereichs	183
III. Der Rang des „supranationalen“ Rechts im innerstaatlichen Bereich	187
§ 34. Die sonstige Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	188
I. Spezielle Übernahmen und Verweisungen	189
II. Der Grundsatz der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	190
III. Die Berücksichtigung von „Soft Law“	191

Fünfter Teil. Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union

10. Kapitel. Die völkerrechtlichen Grundlagen einer europäischen Einigung	193
§ 35. Die Einigungsbemühungen nach dem zweiten Weltkrieg	193
§ 36. Föderalistische Einigungsversuche	194
I. Der Europarat	194
II. Die fehlgeschlagene Europäische Politische Gemeinschaft	195
§ 37. Funktionalistische Einigungsversuche	196
I. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)	196

II. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)	197
§ 38. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA)	198
I. Allgemeines	198
II. Der Europäische Binnenmarkt	199
III. Die Europäische Politische Zusammenarbeit	199
IV. Der Europäische Rat	199
§ 39. Die Europäische Union	200
I. Vorschläge zur Entwicklung der Europäischen Union	200
II. Der Vertrag über die Europäische Union	201
III. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Europäischen Union	207
11. Kapitel. Das Recht der Europäischen Gemeinschaft	211
§ 40. Die Grundlagen der Gemeinschaft	211
I. Der Gemeinschaftsvertrag	211
II. Die Gemeinschaft	214
III. Die Verbandskompetenz und ihre Schranken	216
IV. Allgemeine Rechtsgrundsätze und Grundrechte	218
§ 41. Der organisatorische Aufbau der Gemeinschaft	221
I. Überblick	221
II. Der Rat	223
III. Die Kommission	229
IV. Das Europäische Parlament	230
V. Der Europäische Gerichtshof	233
§ 42. Die Normen des Gemeinschaftsrechts	235
I. Die Grundlagen	235
II. Die Rechtsakte gemäß Art. 189 EGV im einzelnen	237
§ 43. Die gemeinschaftsrechtliche Kontrolle der Rechtsakte der Gemeinschaft	242
I. Das Vorabentscheidungsverfahren	242
II. Die Nichtigkeitsklage	244
III. Die Untätigkeitsklage	246
IV. Die Schadensersatzklage	247
12. Kapitel. Die Einbeziehung des Europäischen Gemeinschaftsrechts in den innerstaatlichen Rechtsraum	247
§ 44. Geltung, unmittelbare Anwendbarkeit und Rang des Gemeinschaftsrechts im innerstaatlichen Bereich	247
I. Die innerstaatliche Geltung des Gemeinschaftsrechts	248
II. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Gemeinschaftsrecht	248
III. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts im innerstaatlichen Bereich	251
IV. Die Sicherung von Geltung und Vorrang des Gemeinschaftsrechts im innerstaatlichen Bereich	256
V. Die Durchführung des Gemeinschaftsrechts	258
§ 45. Der Gemeinsame Markt	258
I. Überblick	258
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot	260
III. Die Grundfreiheiten des Gemeinsamen Marktes	261

Sechster Teil. Die völkerrechtlichen Kompetenzbereiche der Staaten

13. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich im Raum	273
§ 46. Territoriale Souveränität und Gebietshoheit	273
§ 47. Das Staatsgebiet	274

I. Umfang und Grenzen des Staatsgebiets	274
II. Sonderregelungen im Interesse des internationalen Verkehrs	276
III. Maritime Eigengewässer	280
IV. Das Küstenmeer	280
V. Der Luftraum	284
§ 48. Territoriale Kompetenzen jenseits des Küstenmeeres	285
I. Das UN-Seerechtsübereinkommen (1982)	285
II. Der Festlandsockel	286
III. Anschluß-, Fischerei- und Wirtschaftszonen	288
IV. Die Hohe See	289
 14. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich hinsichtlich der Personen	292
§ 49. Die Staatsangehörigkeit	292
I. Begriff und Abgrenzung	293
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	294
§ 50. Die deutsche Staatsangehörigkeit	296
I. Allgemeines	296
II. Die Erwerbs- und Verlustgründe im Recht der Bundesrepublik Deutschland	297
III. Der „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“	299
§ 51. Die Gewährung von Auslandsschutz	300
I. Das Schutzrecht des Heimatstaats gegenüber dem fremden Staat	300
II. Das Recht des Staatsangehörigen gegenüber seinem Heimatstaat auf diplomatischen Schutz	302
§ 52. Die Rechtsstellung des Fremden	303
I. Die allgemeine Pflicht zur Wahrung des völkerrechtlichen Mindest- standards	303
II. Fremdenrechtliche Regelungen im innerstaatlichen Bereich der Bundes- republik Deutschland	304
III. Die Auslieferung	310
IV. Das Recht auf Asyl	312
 15. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich zur Regelung grenzüber- schreitender Sachverhalte	319
§ 53. Die Kompetenz zur Regelung von Sachverhalten mit Auslandsberührung ..	319
I. Die grundsätzliche Regelung der Sachkompetenz	319
II. Beispiele für eine „sinnvolle Anknüpfung“	320
§ 54. Grenzen der Kompetenzausübung bei konkurrierender Kompetenz	323
I. Das Problem	323
II. Die Pflicht zur Interessenabwägung	324
III. Der völkerrechtliche Schutz des Individuums	325

Siebter Teil. Das Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen

16. Kapitel. Das Recht der diplomatischen Beziehungen	326
§ 55. Rechtsgrundlage und Tätigkeit diplomatischer Vertretungen	326
I. Die Rechtsgrundlage	326
II. Die Tätigkeit der diplomatischen Mission	327
§ 56. Diplomatische Vorrechte und Befreiungen	328
I. Vorrechte und Befreiungen der Mission (sog. Exterritorialität)	328
II. Vorrechte und Befreiungen des Diplomaten	329

17. Kapitel. Das Recht der konsularischen Beziehungen	331
§ 57. Rechtsgrundlage und Tätigkeit konsularischer Vertretungen	331
I. Die Rechtsgrundlage	331
II. Die konsularische Tätigkeit	331
III. Die Leiter der konsularischen Vertretungen	332
§ 58. Konsularische Vorrechte und Befreiungen	332
I. Vorrechte und Immunitäten für die konsularische Vertretung	332
II. Vorrechte und Immunitäten für die Mitglieder der konsularischen Vertretung	333
 Achter Teil. Die Grundprinzipien des Völkerrechts für das friedliche Zusammenleben der Staaten und ihre Sicherung im Recht der Bundesrepublik Deutschland 	
18. Kapitel. Die Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten	335
§ 59. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit	335
§ 60. Das Gebot der Achtung der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit eines Staates	336
I. Der Souveränitätsaspekt	337
II. Der Gleichheitsaspekt: Die Staatenimmunität	338
§ 61. Die Achtung der territorialen Souveränität und der Gebietshoheit	344
I. Die Achtung der territorialen Souveränität	344
II. Die Achtung der Gebietshoheit	345
§ 62. Das Interventionsverbot	348
I. Die Rechtsgrundlage	348
II. Der Interventionstatbestand	349
§ 63. Die Achtung fremder Hoheitsakte	350
I. Die extraterritoriale Wirkung fremder Hoheitsakte	350
II. Die völkerrechtlichen Regeln zur extraterritorialen Wirkung von Hoheitsakten	351
 19. Kapitel. Die völkerrechtliche Friedenssicherung	 355
§ 64. Das System der völkerrechtlichen Friedenssicherung	355
I. Der völkerrechtliche Friedensbegriff	355
II. Das System der kollektiven Sicherheit	356
§ 65. Das Gewaltverbot der UN-Charta	361
I. Das in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta normierte Gewaltverbot	361
II. Ausnahmen vom Gewaltverbot?	363
III. Die verfassungsrechtliche Sicherung des Gewaltverbots	365
§ 66. Kollektive Maßnahmen der Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen	369
I. Die kollektiven Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta	369
II. Die „friedenserhaltenden Operationen“ der Vereinten Nationen	372
III. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedenssichernden Kollektivmaßnahmen der Vereinten Nationen	374
§ 67. Das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung	378
I. Das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta	378
II. Kollektive Selbstverteidigung und Beistandspakte	379
III. Die verfassungsrechtliche Regelung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Bündnis	385

§ 68. Abrüstung und Rüstungskontrolle	388
I. Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung im allgemeinen Völkerrecht und im Grundgesetz	389
II. Besondere Vertragspflichten der Bundesrepublik Deutschland	390
§ 69. Das Gebot der friedlichen Streiterledigung	392
I. Die völkerrechtliche Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung	392
II. Insbesondere: Die richterliche Streitentscheidung	394
III. Die Pflicht zur friedlichen Streiterledigung nach deutschem Recht	396
 20. Kapitel. Das Gebot der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten	397
§ 70. Die friedliche Zusammenarbeit der Staaten als Gebot des Völkerrechts und des Grundgesetzes	397
I. Das Gebot der friedlichen Zusammenarbeit gemäß der UN-Charta	397
II. Die Verfassungspflicht zur internationalen Kooperation	398
 21. Kapitel. Der internationale Menschenrechtsschutz	399
§ 71. Rechtsgrundlagen und Verwirklichung des internationalen Menschenrechtsschutzes	399
I. Die Rechtsgrundlagen	399
II. Grundsätzliche Fragen der Verwirklichung von Menschenrechten im internationalen Bereich	400
§ 72. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950	402
I. Allgemeines	402
II. Der Katalog der Menschenrechte und Grundfreiheiten	403
III. Die Organe der Konvention	404
IV. Das Verfahren	405
V. Die EMRK im deutschen Recht	407
 22. Kapitel. Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz	409
§ 73. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	409
I. Grundlagen	409
II. Inhalt	410
III. Schranken	410
IV. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes	411
§ 74. Der völkerrechtliche Minderheitenschutz	412
I. Allgemeines	412
II. Die völkerrechtliche Regelung	414
III. Minderheitenschutz in Deutschland	415
 23. Kapitel. Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Staaten	417
§ 75. Die Grundlage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	417
I. Haftungstatbestand und Haftungsfolge	417
II. Die Zurechenbarkeit bestimmter Handlungen	418
§ 76. Gründe für den Ausschluß der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	419
I. Rechtsgrundlagen	419
II. Die Einwilligung des betroffenen Völkerrechtssubjekts	419
III. Die unverschuldete Unmöglichkeit	420
IV. Der Notstand	420
V. Die erlaubte Reaktion auf eine Völkerrechtsverletzung der Gegenseite	421

Inhaltsverzeichnis

24. Kapitel. Die erlaubte Selbsthilfe	422
§ 77. Die völkerrechtliche Repressalie	422
I. Repressalie und Retorsion	422
II. Voraussetzungen der Repressalie	423
III. Innerstaatliche Voraussetzungen für die Durchführung der Repressalie	423
§ 78. Die Retorsion	426
Sachverzeichnis	427